

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitung	19
I. Einführung in den Gegenstand der Untersuchung	19
II. Gang der Untersuchung	24
Teil 1 Einführung in die investmentrechtlichen Grundlagen	28
A. Begriff und Bedeutung des Private-Equity-Fonds	28
B. Überblick über die wesentlichen Akteure im Investmentrecht	32
I. Das Investmentvehikel	33
1. Materieller Investmentfondsbegriff des KAGB	34
2. Merkmale eines AIF	35
a) Organismus für gemeinsame Anlagen	36
b) Zusätzliche Merkmale eines AIF	38
aa) Einsammeln von Kapital	38
bb) Anzahl von Anlegern	39
cc) Festgelegte Anlagestrategie	40
dd) Investition zum Nutzen der Anleger	42
c) Tätigkeiten außerhalb des AIF-Begriffs	43
d) Zusammenfassung	45
3. Relevanz der Investment-KG	45
a) Die Investment-KG als Anlagevehikel für geschlossene Fonds	46
b) Die offene Investment-KG als Mittel zum Pension Asset Pooling	48
c) Zusammenfassung	49
II. Die Kapitalverwaltungsgesellschaft	49
1. Risikomanagement	51
2. Portfolioverwaltung	53
3. Fakultative Pflichten	55
4. Zusammenfassung	55
III. Die Anleger	56
IV. Die Verwahrstelle	60

C. Abschließende Zusammenfassung	62
Teil 2 Das Spannungsfeld zwischen Investment- und Gesellschaftsrecht unter Berücksichtigung der Frage der Erweiterung des Investmentdreiecks zu einem Investmentviereck	63
A. Die Bestimmung des Verwalters im Rahmen von Advisory Modellen	65
I. Verwalterstellung des General Partners nur bei einer nachgeordneten Rolle des Investment-Advisors	66
II. Gesamtbetrachtung des General Partners und der Managementgesellschaft als einheitliche KVG	70
III. Ergebnis: KVG-Stellung der Managementgesellschaft	73
B. Kompetenzen der Organe der Investment-KG gegenüber dem externen Verwalter	74
I. Herleitung der Überwachungspflicht	74
II. Ausgestaltung der Überwachungsfunktion der Organe der Investment-KG	78
III. Fehlender Zusatznutzen einer Kontrolle des externen Verwalters durch die Organe der Investment-KG	82
1. Verflechtungen zwischen den einzelnen Akteuren als strukturelles Defizit	84
2. Fehlen einer hinreichenden Informationsgrundlage	85
3. Kosten einer Überwachung der KVG	87
4. Kein Bedürfnis für eine dispositive Kontrolle des externen Verwalters durch die Organe der Investment-KG	89
5. Zwischenergebnis	90
C. Erste Schlussfolgerungen für das Spannungsverhältnis zwischen Gesellschafts- und Investmentrecht bei der Investment-KG	90
Teil 3 Das Spannungsverhältnis zwischen gesellschaftsrechtlichen Haftungsrisiken und der Verwaltungsform der Investment-KG	93
A. Komplementärstellung des externen Verwalters innerhalb der Investment-KG	96

B. Stellung des externen Verwalters als atypischer Kommanditist der Investment-KG	101
I. Motive für eine Stellung des externen Verwalters als Kommanditist innerhalb der Investment-KG	101
II. Keine Erhöhung des Risikos des externen Verwalters durch Stellung als atypischer Kommanditist	104
1. Nachbildung von Treuepflichten durch das KAGB	105
a) Treuhänderähnliche Stellung von Gesellschaftsorgan und KVG	106
b) Weitere inhaltliche Überschneidungen zwischen den organschaftlichen Treuepflichten und den §§ 26 ff. KAGB	109
2. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	111
III. Wertung des § 18 Abs. 1 Var. 3 KAGB	112
IV. Abgrenzung zwischen interner und externer Verwaltung bei der Investment-KG	112
1. Unionsrechtliche Zulässigkeit der intern verwalteten Investment-KG	113
2. Besondere Abgrenzungsfragen bei der Verwaltung einer Investment-KG	117
a) Die Rolle des Aufsichtsorgans bei einer externen Verwaltung	119
b) Einrichtung eines Beirates bei der intern verwalteten geschlossenen Publikumsinvestment-KG	122
3. Abschließende Bewertung	125
C. Schlussfolgerungen für das Spannungsverhältnis zwischen den Rechtsgebieten des Investment- und des Gesellschaftsrechts	125
Teil 4 Das Spannungsfeld zwischen Investment- und Gesellschaftsrecht im Rahmen der Übertragung der Rechtsprechung zur Geschäftsführerhaftung bei der GmbH & Co KG auf die Investment-KG	128
A. Aktivlegitimation	133
I. Vertrags- versus gesellschaftsrechtliches Verständnis der Investment-KG	134
II. Schlussfolgerungen	138

B. Bedürfnis für eine Direkthaftung der KVG-Geschäftsleitung	138
I. Präventive Verhaltenssteuerung als Regelungszweck des Privatrechts	140
1. Prävention auf der Ebene der Haftungsausfüllung	140
2. Prävention auf der Ebene der Haftungsbegründung	142
3. Zusammenfassung	146
II. Auswirkungen der Verwalterregulierung auf die Geschäftsleitung	146
1. Präventivwirkung durch die öffentlich-rechtliche Aufsicht über die KVG	147
2. Ausgangspunkt: Unterstützende Funktion von zivilrechtlichem Haftungsrecht und öffentlich-rechtlicher Aufsicht	148
a) Schwächen der öffentlich-rechtlichen Aufsicht („Public Enforcement“)	148
b) Schwächen einer privatrechtlichen Durchsetzung („Private Enforcement“)	151
c) Nebeneinander von Public und Private Enforcement	154
3. Maßnahmen der Aufsichtsbehörde gegen den Geschäftsleiter als Ausnahmefall	155
a) Tätigkeitsverbot	155
b) Bußgeldvorschriften	157
aa) Fragmentarischer Charakter des § 340 KAGB	158
bb) Verbandsgeldbuße als Regelfall	159
cc) Verbandsgeldbuße und Organwalterhaftung	160
(1) Ablehnung eines Innenregresses	161
(2) Befürwortung eines Innenregresses	163
(3) Schlussfolgerungen	166
dd) Zusammenfassung	167
c) Strafvorschriften des KAGB	167
4. Organisatorische Maßnahmen mit Präventiveffekt	170
a) Erfordernis eines Aufsichtsorgans	170
aa) Fehlender Einfluss der Anleger auf das Binnenverhältnis des externen Verwalters	171
bb) Schlussfolgerungen	174
b) Defizite des Investmentdreiecks	175
III. Zwischenergebnis	177

C. Pflichten mit Drittwirkung	178
I. Ausgangspunkt: Außenpflichten der KVG	178
II. Anlagepflichten	180
1. Anlagepflichten als Bestandteil des Schuldverhältnisses zwischen dem Verwalter und den Anlegern	181
a) Spezielle gesetzliche Anlagebeschränkungen	182
b) Verhaltenspflichten nach § 26 KAGB	186
aa) Sorgfalts- und Loyalitätspflicht, Gleichbehandlungsgrundsatz	187
bb) Spekulations- versus Glücksspielverbot	189
2. Drittwirkung von Anlagepflichten	191
a) Nähere Ausgestaltung des Haftungsmaßstabes	194
aa) Die Gefahr einer Überabschreckung von Organwaltern und die primäre Verpflichtung des Geschäftsführers gegenüber der Komplementär- GmbH als Gründe für eine Einschränkung des Haftungsmaßstabes	194
bb) Relevanz der Haftungsmodifikation	199
b) Unterschiede zwischen dem Haftungsansatz des BGH und einer deliktischen Organaußenhaftung	200
aa) Enger Kreis der Verantwortlichen im Rahmen gesellschaftsrechtlicher Haftungsnormen	202
bb) Weiter Kreis der Verantwortlichen im Deliktsrecht	203
3. Zwischenergebnis	205
III. Organisationspflichten	206
1. Organisationspflichten als Bestandteil des Schuldverhältnisses zwischen dem Anleger und der KVG	208
2. Drittwirkung von Organisationspflichten	210
IV. Informationspflichten	214
V. Bewertende Zusammenfassung	217
D. Anwendung der Merkmale des Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter auf die Geschäftsleitung einer KVG	217
I. Tatbestandliche Voraussetzungen des Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	218
1. Dogmatische Herleitung des Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	219

2. Erfassung der Haftung der Geschäftsleitung gegenüber der Investment-KG	221
a) Leistungsnähe	221
aa) Die Rechtsfigur der mittelbaren Geschäftsführung	223
bb) Übertragung auf den Kollektivanlagebereich	225
b) Einbeziehungsinteresse	227
c) Erkennbarkeit für den Schuldner	232
d) Schutzbedürftigkeit der Investment-KG	234
II. Rechtsfolgen einer Schutzbereichserstreckung (Reichweite des Drittschutzes)	239
1. Ausgangslage bei der GmbH & Co. KG	239
2. Übertragbarkeit auf die regulierte Kollektivanlage	242
3. Pflichtenkollisionen bei der Verwaltung einer Vielzahl von Investmentvermögen	246
III. Ergebnis	248
E. Verallgemeinerung der gefundenen Ergebnisse	249
I. Übertragbarkeit auf weitere Akteure einer KVG in der Rechtsform der GmbH	249
1. Außenhaftung von Beiratsmitgliedern	249
2. Keine Schutzbereichserstreckung zulasten von Gesellschaftern des externen Verwalters	253
II. Verallgemeinerung auf andere Rechtsformen des externen Verwalters	257
1. Externer Verwalter in der Rechtsform der AG	257
a) Meinungsstand zur Haftung eines Vorstandsmitgliedes der Komplementär-AG	258
b) Schlussfolgerungen für den externen Verwalter in der Rechtsform einer AG	260
2. Externer Verwalter in der Rechtsform der GmbH & Co. KG	261
a) Unionsrechtliche Zulässigkeit der GmbH & Co. KG als externer Verwalter	262
b) Außenhaftung des Geschäftsleiters einer GmbH & Co. KG	263
3. Zwischenergebnis	265
III. Verallgemeinerung auf weitere Formen des Investmentvehikels	265

IV. Übertragbarkeit auf Spezial-AIF, insbesondere die offene Investment-KG	267
V. Zusammenfassung	268
F. Ergebnis des 4. Teils	269
Abschließende Bewertung	271
Literaturverzeichnis	277